Bauernverband fordert Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen

Bauernverband fordert Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen

Vizepräsident Schwarz im Gespräch mit Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt
Der anhaltende Flächenverbrauch, die Novelle der Düngeverordnung und die von der EU-Kommission angestrebten Verschärfungen im Bereich Pflanzenschutz bereiten den Bauern derzeit große Sorgen. Das betonte Werner Schwarz, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), heute bei einem Gespräch von Verbandsvertretern aus dem Bereich des Pflanzenbaus mit dem Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, in Berlin. Der Flächenverbrauch sei ein Kernproblem der Landwirtschaft, verdeutlichte Schwarz und forderte ein Umdenken beim Umgang mit knapper landwirtschaftlicher Produktionsfläche. Noch immer liege der Flächenverbrauch durch Siedlungen und Verkehr bei 74 Hektar pro Tag und verfehle damit weiterhin das 30-Hektar-Ziel der Bundesregierung. DBV-Vizepräsident Schwarz wörtlich: "Wir brauchen ein gesetzlich verankertes Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Flächen wie beim Wald." Die Greening-Diskussion habe deutlich gezeigt, dass die Erhaltung produktiver landwirtschaftlicher Flächen eine Aufgabe für alle Politikbereiche sein müsse, von der Gemeinsamen Agrarpolitik über das Planungs- und Flächennutzungsrecht bis hin zur Umweltpolitik. Auch die Bundeskompensationsverordnung muss nach Meinung von Schwarz endlich umgesetzt werden und der Naturschutzausgleich das vorhandene Gebot der Flächenschonung umsetzen.
Mit Blick auf die Novelle der Düngeverordnung mahnte Schwarz an, dass sich die Düngung auch in Zukunft am Nährstoffbedarf der landwirtschaftlichen Kulturen ausrichten müsse. Die produktive Landwirtschaft und die Erzeugung der vom Markt geforderten Qualitäten bei einzelnen Kulturen wie beispielsweise Brotweizen oder Gemüse dürfe nicht durch zu restriktive Düngevorgaben gefährdet werden. Auch müssen die Vorgaben zur Düngebedarfsermittlung und Bilanzierung praxisgerecht ausgestaltet werden, um die Kreislaufwirtschaft mit Wirtschaftsdüngern nicht zu gefährden.
Überdies verdeutlichte Vizepräsident Schwarz gegenüber Bundesminister Schmidt, dass sich die absehbare drastische Einschränkung der verfügbaren Palette von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen negativ auswirke. Dies werde massive Folgen für das Resistenzmanagement mit sich bringen. Anstelle von politischen Zulassungsentscheidungen, wie dies am Beispiel der Neonicotinoide deutlich geworden sei, müsse dringend zu einer risikobasierten Sicherheitsbewertung von Pflanzenschutzmitteln auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zurückgekehrt werden. Denn, so Schwarz wörtlich: "Der Erhalt einer breiten Wirkstoffpalette ist unverzichtbar für den modernen und nachhaltigen Ackerbau in Deutschland."

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: http://www.bauernverband.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=573654" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.